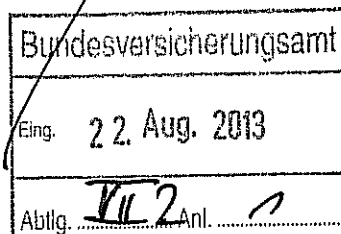




Ihrer Gesundheit zuliebe
Deutsche BKK

Deutsche BKK - 38439 Wolfsburg

Bundesversicherungsamt
Herrn Dr. Dirk Göppfahrt
Referat VII 2
Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn



VII 2 - 5572.1-1019/2013
CO
Stefanie Klöditz
0711/8913-173
0711/135358-173
20. August 2013

Ihre Zeichen
Unser Zeichen
Bearbeitet von
Telefon
Telefax
Datum

Be (i.V.) 23/8

VII 2 - 5572.1 - 1019/2013

Stellungnahme der Deutschen BKK zum Entwurf der Festlegungen zur Weiterentwicklung des Versichertenklassifikationsmodells im Risikostrukturausgleich für das Ausgleichsjahr 2014

Bundesweit sind wir persönlich für Sie da. Besuchen Sie uns in unseren Filialen! Unter www.deutschebkk.de finden Sie im Filialfinder den Standort in Ihrer Nähe.

Sehr geehrter Herr Dr. Göppfahrt,

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs gemäß § 31 Abs. 4 der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (RSAV) hat das Bundesversicherungsamt (BVA) am 31. Juli 2013 einen Festlegungsentwurf für das Ausgleichsjahr 2014 veröffentlicht. Zu dem Entwurf nehmen wir wie folgt Stellung:

Postanschrift:
Deutsche BKK
38439 Wolfsburg

IK: 109939003

Telefon:
(0 18 02) 18 08 65*

Flatratennutzer:
(0 53 61) 18 31 83

Telefax:
(0 18 02) 48 92 55

E-Mail:
info@deutschebkk.de

Internet:
www.deutschebkk.de

Telefonische Servicezeiten:
Montag bis Freitag:
8.00 bis 20.00 Uhr
Samstag:
9.00 bis 15.00 Uhr

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz; max. 42 Cent pro Minute aus Mobilfunknetzen.

Anpassung der Aufgreifkriterien

Wir begrüßen, dass bei den Schweregraddifferenzierungen über Arzneimittel der Sonderfall II (Differenzierung nach Ordnungsquartalen) reduziert wird. Leider führen die geplanten Festlegungen jedoch aus unserer Sicht nicht zu der angestrebten Vereinfachung des Morbi-RSA, sondern erhöhen im Gegenteil noch weiter die Komplexität des Aufgreifalgorithmus. Zum einen bleibt der Sonderfall II mit der alleinigen DxG 926 (Opiatsubstitution) weiterhin bestehen. Hier wurde leider die Gelegenheit versäumt, auch für diese DxG die Überführung in eine Schweregraddifferenzierung nach Behandlungstagen zu prüfen, um den Sonderfall II gegebenenfalls gänzlich abzuschaffen. Zum anderen gilt nun nicht nur für die aus Sonderfall II ausgegliederten, sondern noch für wesentlich mehr DxGs der Sonderfall I, der zudem weiter ausdifferenziert wurde. Dies entspricht tatsächlich der Schaffung eines zusätzlichen Sonderfalles und sollte aus Gründen der Übersichtlichkeit auch so benannt werden.

Generell nimmt die Komplexität des Klassifikationsmodells wie bereits in den Vorjahren weiter zu. Dies wird nicht nur an der von Jahr zu Jahr steigenden Anzahl an HMGs und DxGs deutlich, sondern nun auch an der geplanten Einführung von Alterssplits bei HMGs. Diese immer stärkere Ausdifferenzierung steht dem Wunsch des Gesetzgebers nach Vereinfachung des Morbi-RSA gegenüber. Es stellt sich die Frage, ob der Vorteil eines minimalen Anstiegs des R^2 die zunehmende Komplexität des Verfahrens noch rechtfertigt.

Anpassung des Klassifikationsmodells

Hierarchie 03: „Diabetes mellitus“:

Bedauerlicherweise wurde unser Vorschlag zur Anpassung der Hierarchie 03 („Diabetes mellitus“) aus dem diesjährigen Vorschlagsverfahren nicht geprüft. Wir gehen davon aus, dass dies bei den Festlegungen des Klassifikationsmodells für das nächste Ausgleichsjahr nachgeholt wird.

Anpassung des Berechnungsverfahrens

- Umgang mit unvollständigen Versichertenepisoden:

Wie bereits in unseren früheren Stellungnahmen formuliert, halten wir es für unbedingt geboten, die vom Wissenschaftlichen Beirat mehrfach geforderte international übliche und mathematisch korrekte Berechnungsweise anzuwenden, bei der alle Versicherten mit unvollständigen Versichertenepisoden im Regressionsverfahren gleichbehandelt werden. Obwohl inzwischen sogar das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 04. Juli 2013 vorliegt, nach dem eine entsprechende Anpassung ab dem Ausgleichsjahr 2013 vorzunehmen ist, wird jedoch eine Änderung des Berechnungsverfahrens mit der Begründung, das Urteil sei noch nicht rechtskräftig, weiterhin abgelehnt. Aus der Aussage des Sachverständigen Herrn Prof. Wasem bei der mündlichen Verhandlung (s. Anlage: Sitzungsprotokoll des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 04. Juli 2013) geht eindeutig hervor, dass es sich im Gegensatz zu den anderen im Evaluationsbericht des Jahresausgleichs 2009 genannten Defiziten um einen Berechnungsfehler handelt, der isoliert behoben werden kann. Insofern ist es – wie auch vom Landessozialgericht Nordrhein Westfalen festgestellt – weder nötig noch zulässig die erforderliche Korrektur zurückzustellen, um sie im Rahmen einer angestrebten „Komplettlösung“ vorzunehmen.

Die bisher leider nicht eindeutige Positionierung des GKV-Spitzenverbandes in dieser Sache darf zudem nicht wie eine Positionierung gegen eine Korrektur behandelt werden. Eine Beibehaltung des Berechnungsfehlers entspricht einer aktiven Entscheidung für ein rechtlich unzulässiges Verfahren, bei dem entgegen des gesetzlichen Auftrages Anreize zur Risikoselektion gesetzt werden.



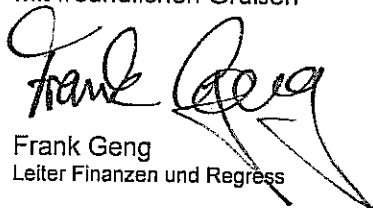
Im Übrigen müssten, sobald das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen rechtskräftig ist, mehrere Ausgleichsjahre unter erheblichem Aufwand rückwirkend korrigiert werden. Dies könnte durch eine Anpassung des Berechnungsverfahrens bereits im Ausgleichsjahr 2014 vermieden werden.

- Zuweisungen für Krankengeldausgaben und Verteilungsschlüssel bei den Verwaltungsausgaben:

Die Überprüfung unserer Vorschläge, eine Deckungsquotenspanne beim Krankengeld einzuführen und den Schlüssel bei den Verwaltungskostenzuweisungen so zu ändern, dass 80% nach Morbidität und 20% nach Versicherungszeiten verteilt werden, wurde mit Verweis auf die fehlende rechtliche Grundlage abgelehnt. Es ist prinzipiell richtig, dass für eine Änderung der Berechnungsweise in den oben genannten Punkten eine Gesetzesänderung nötig ist. Wir plädieren jedoch dafür, dass diese Vorschläge zunächst von BVA und Wissenschaftlichem Beirat auf Basis der aktuellsten Daten empirisch untersucht werden. Erst auf Basis valider Ergebnisse zu diesen Themen kann letztlich eine Gesetzesänderung erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage



Frank Geng
Leiter Finanzen und Regress